

21. JUNI 2017		Stadt Regensburg Oberbürgermeister		DIE LINKE. LINKSFRAKTION IM REGENSBÜRGER STADTRAT	
FR	Az	U	St	Von-der-Tann-Str. 1 93047 Regensburg	
19. Juni 2017		R	z.w.V. Abdruck f. 93047 Regensburg		
DBI.1 W		VV/Termin		Z. K.	Telefon: 0941 507-1048
DBI.3 ✓				ZB	Fax: 0941 507-1049
DBI.5 ✓				Z. A.	Mail: linksfraktion@regensburg.de www.linksfraktion-regensburg.de

Linksfraktion Von-der-Tann-Str. 1 93047 Regensburg
 Frau Bürgermeisterin
 Gertrud Malz-Schwarzfischer
 Altes Rathaus
 93047 Regensburg

Regensburg, 16.06.2017

Antrag:

Mietpreisbremse bei der Stadtbau GmbH

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie, folgenden Antrag, den jeweiligen Gremien vorzulegen.

Der Stadtrat beschließt, dass die Stadtbau GmbH:

1. Die Kosten für Modernisierungen nach § 559 BGB – zusammen mit § 555b – nicht mehr auf die Mieter umlegt.
2. Auch bei Neuvermietungen, nach Kernsanierungen, die Mietpreisbremse, die seit 1. August 2015 in Bayern gilt, angewendet wird.

Der Stadtrat weist die Aufsichtsräte an, im Aufsichtsrat der Stadtbau GmbH, in diesem Sinne abzustimmen.

Begründung:

Der § 559 BGB bedeutet - zusammen mit § 555b -, dass praktisch jede Form von Modernisierung durchgeführt werden kann – auch gegen den erklärten Willen der Mieter*innen. Er regelt, dass Modernisierungskosten in Höhe von 11 % der Kosten im Jahr auf die Miete aufgeschlagen werden können. Obwohl damit der Mieter die Modernisierungskosten nach 9 Jahren komplett bezahlt hat, bleibt die erhöhte Miete auch danach bestehen. Wo den Mieter*innen sonst ein Mindestmaß an Sicherheit über das für sie existentielle Gut Wohnen zugestanden wird, werden mit der Modernisierungsumlage die wichtigsten Schutzrechte vor Mieterhöhungen außer Kraft gesetzt. Extreme Mieterhöhungen sind keine Seltenheit. Das bedeutet für viele Mieter*innen die Gefahr einer Verarmung, Verdrängung, ein Fortschreiten der Gentrifizierung und den Verlust ihrer angestammten Nachbarschaft.

Viele Jahre lang war zu beobachten, dass notwendige laufende Instandhaltungen, deren Kosten nicht auf die Miete umgelegt werden durften, unterlassen wurden. Nach dem bei vielen Wohnungen, die

